

# Scharfer Protest gegen „NoVA neu“

**Spartenobfrau Elisabeth Rothmüller-Jannach schlägt Alarm: „Eine Ausdehnung der NoVA hätte massive Auswirkungen auf Verkehrsbranche!“**

Deutliche Worte findet Elisabeth Rothmüller-Jannach, Obfrau der WK-Sparte Transport und Verkehr, für die geplante Ausdehnung der Normverbrauchsabgabe: „Offenbar wurde dabei in keinster Weise an die heimischen Klein- und Mittelunternehmen gedacht!“ Geplant ist unter anderem eine Ausdehnung der NoVA auf Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung mit weniger als 3500 Kilogramm Gesamtgewicht, zu denen auch Kleintransporter zählen.

Die Interessenvertretung leistet massiven Widerstand gegen diese Pläne. Aktuell wird die Politik in einem gemeinsamen offenen Brief der Bundesspartenobleute dazu aufgefordert, die Gesetzesnovelle entsprechend zu ändern. Kritisiert wird vor allem, dass die Wirtschaft vor vollendete Tatsachen gestellt wird und es keine realistische Alternative für Kleintransporter gibt. Damit entpuppe sich die angekündigte „Ökologisierung“ der NoVA als reines Belastungspaket ohne praktischen Nutzen für den Umwelt- und Klimaschutz, kritisiert die Spartenobfrau: „Die Unternehmen müssen mit dramatischen Mehrbelastungen rechnen und haben in Wahrheit keinerlei technisch ausgereifte Alternativen, um ihren Mobilitäts- und Transportbedarf zu decken.“ Denn derzeit stehen weder marktfähige Elektrofahrzeuge für die Wirtschaft zur Verfügung noch ist die Infrastruktur für E-Tankstellen auf einem Niveau, das den professionellen Betrieb solcher Fahrzeuge als Kleintransporter für Firmen bei Montageservices oder Lieferdiensten ermögliche.

## **So massiv würde sich die Neuregelung auswirken**

Das Beispiel eines derzeit noch NoVA-befreiten Lieferwagens der Marke Iveco Daily zeige, dass dieses Fahrzeug

- bereits im nächsten Jahr durch die Ausweitung der NoVA um mehr als 8.000 Euro teurer werde, und
- im geplanten zweiten Schritt der NoVA-„Ökologisierung“ 2024 gar um fast 13.500 Euro.

„Der Anschaffungspreis eines Standard-Kastenwagens steigt nach diesen Vorschlägen von aktuell 29.900 Euro auf mehr als 43.000 Euro im Jahr 2024! Das ist für unsere tausenden Klein- und Mittelbetriebe – noch dazu vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Krise - völlig unzumutbar“, ärgert sich Rothmüller-Jannach.

Ein Investitionsstopp sei zu befürchten: Wenn sich neue Fahrzeuge dermaßen verteuern, werden Betriebe ihre derzeitigen, vielleicht in der Abgasreinigung nicht am letzten Stand befindlichen Fahrzeuge noch viele Jahre länger nutzen, anstatt in Fahrzeuge mit moderner Technologie zu investieren. Als Folgen werden die Ökobilanz belastet und der Nutzfahrzeughandel schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. „Das kann nicht im Sinne der Politik sein – und ist es auch nicht im Sinne der Wirtschaft. Uns Unternehmern, die wir oft in Familien generationenübergreifend denken und handeln, liegt die Umwelt am Herzen, da hat keine Partei ein Monopol darauf. Derartige politische Hauruck-Aktionen schaden sowohl dem Klima als auch der Wirtschaft!“, warnt die Klagenfurter Unternehmerin.